Volkswagen-Stiftung: 10 Millionen DM für bessere Arbeitsbedingungen an DDR-Unis

Hannover (vws). Die Volkswagen-Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Technik, die bereits seit einigen Jahren Kontakte zur Wissenschaft in der DDR unterhält, hat ihre auf die DDR bezogenen Förderangebote neu geordnet. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Universitäten und Technischen Universitäten der DDR hat das Kuratorium der Stiftung 10 Millionen DM bereitgestellt. Beendet wurde dagegen das zunächst bewußt breit angelegte Programm zur Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der DDR, das seit dem März 1989 bestand. Weiterhin möglich ist die Projektförderung im Rahmen der derzeitigen Schwerpunkte der Stiftung.

Das mit 10 Millionen DM ausgestattete Förderangebot zugunsten der Infrastruktur richtet sich an die Universitäten Berlin, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig und Rostock, an die Technischen Universitäten Dresden, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg sowie an die Bergakademie Freiberg. Dabei geht es nicht um Spezialbedarf; vielmehr zielt die Stiftung auf eine schnelle, konzentrierte und breitenwirksame Förderung, die Forschung und Lehre gleichermaßen zugute kommt. Die Mittel können für Fachliteratur und Kopiergeräte verwendet werden.

Bei der Literatur sollen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften besondere Priorität haben, aber auch weitere geistes- und sozialwissenschaftliche Fachgebiete berücksichtigt werden. Natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachliteratur und Lehrbücher sind ebenfalls nicht ausgeschlossen. Speziell für Lehrzwecke werden Mehrfachbeschaffungen angeraten. Die Kopiergeräte sollen insbesondere in zentralen Bereichen der Universitäten für eine allgemeine Nutzung aufgestellt werden. Die Volkswagen-Stiftung hat die genannten Hochschulen eingeladen, ihr bis zum 8. Juni 1990 entsprechende Anträge vorzulegen.

Die Volkswagen-Stiftung hat der Wissenschaft und Technik in der DDR nicht erst seit den Ereignissen vom Herbst letzten Jahres besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Bereits im Februar 1987 organisierte sie aus eigener Initiative eine Informationsreise zu wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin, Dresden, Halle, Jena und Leipzig. Es folgten Gegenbesuche bei der Stiftung. Im März 1989 beschloß dann das Kuratorium der Stiftung ein besonderes Programm zur Förderung von Kooperationsvorhaben (Forschungsprojekte, Arbeitstagungen, Symposien) mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR einzurichten. Dieses Angebot war fachoffen und galt auch außerhalb der Schwerpunkte, auf die die Stiftung ihre Fördertätigkeit konzentriert. Das Echo war noch stärker als erwartet. Bis Mitte März 1990 gingen bei der Volkswagen-Stiftung über 200 Anträge mit einem Antragsvolumen von mehr als 60 Millionen DM ein. Sie werden derzeit geprüft. Inzwischen sind für 21 Vorhaben 3,3 Millionen DM bewilligt worden.

Angesichts der Höhe der an die Stiftung herangetragenen Förderwünsche sowie im Hinblick darauf, daß inzwischen auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere Einrichtungen in gleicher Weise wie zuvor die Stiftung die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft in der DDR fördern, hat das Kuratorium nunmehr beschlossen, zusätzlich zu den bestehenden Schwerpunkten eine fachoffene Förderung von Kooperationsvorhaben nicht mehr anzubieten. So hat die Stiftung bereits im Schwerpunkt zur „Frühneuzeitlichen Geschichte" jetzt 1,9 Millionen DM als Starthilfe für eine internationale Forschungsstätte „Europäische Aufklärung" in den traditionsreichen Franckeschen Stiftungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bewilligt.

Endlich, endlich: Das Dach wird wieder dicht

So soll die defekte Dachkehle des A-Flügels im Georg-Schumann-Bau bald wieder aussehen (links). Bis dahin sind jedoch komplizierte Arbeiten an der Dachkonstruktion erforderlich. Durch ständige Nässe sind tragende Balken (rechts) weitgehend verschlissen. Der Unterzug, der die Deckenbalken trägt, hat sich am Mauerwerk bereits stark gesenkt. Streich- und Traufbalken, die darüberliegend einen statischen Knoten bilden, müssen ebenfalls teilweise ausgewechselt werden – und das ohne entsprechende Technik.

Bernd Stricker prüft das Mauerwerk unter dem Streichbalken; es muß ebenfalls erneuert werden.

Die Bibliothek kann hoffen

Angestrengt bemühen sich Handwerker vom Bauhof derzeit, Dachschäden am Georg-Schumann-Bau zu beseitigen. Für jedermann sichtbar sind die Arbeiten am Südflügel, dem Dach des sogenannten Kreuzbaus. Dort geht es in erster Linie darum, daß schnellstmöglich Dachkehlen erneuert und Dachziegel verlegt werden.

Wesentlich komplizierter gestalten sich Arbeiten im 4. Geschoß des A-Flügels. Eine defekte Dachhaut und starker Wasseranfall in einer Dachkehle selbst bei leichtem Niederschlag haben im Laufe der letzten ca. 15 Jahre zur völligen Durchnässung der umliegenden Dekken, Wände und hölzernen Dachkonstruktion mit entsprechenden Folgeschäden geführt. Zuerst merkten das Kolleginnen von der Bibliothek der Sektion 15, die unserer Zeitung alarmierende Bilder vom desolaten, weil stets nassen, Zustand ihrer Arbeitsräume und des Magazins schickten. Ein längeres Ringelspiel zwischen Bibliotheksdirektor und Sektionsleitung begann, weil man sich nicht einigen konnte, wer für die Räume verantwortlich ist. Dem haben nun die Kollegen vom Bauhof mit dem Beginn der komplizierten Arbeiten ein Ende gesetzt.

Nach Räumung der Bibliothek wurden die tragenden Dachkonstruktionen freigelegt und abgestützt. Wie uns Kollege Bernd Stricker, einer der drei (!) Zimmerleute des Bauhofes, sagte, waren die Handwerker entsetzt, als sie sahen, welchen Ausmaßes die Schäden an den einst soliden Holzbalken sind. Balkenköpfe müssen erneuert und ganze tragende Längsbalken ausgewechselt werden und das mit wenigen Arbeitskräften und ohne entsprechende Kleinmechanik. Das ganze fachliche Können der Zimmerer ist gefordert, und es ist verständlich, daß sie trotz bereits vorhandenen zugeschnittenen Materials noch keinen Termin nennen wollten, an dem die Frauen der Bibliothek wieder ihre Räume nutzen können.

Text und Fotos: duj/ Eckold

Das Arbeitszimmer von sechs Wissenschaftlern der Sektion 15, drei Räume vom eigentlichen Schaden entfernt.

Wer die Jugend . . .

Foto: Hojer

(Fortsetzung von Seite 1)

Demokratie und Freiheit laufen ins Leere, wenn sie nicht eine effiziente Wirtschaft zur Grundlage haben. Ich will das einmal brutal so formulieren: Sie können jeden Tag demonstrieren, darauf drängen, daß Rektoren ab- und neugewählt werden, Interessenvertretungen und Forderungskataloge verschiedenster Art aufstellen – der Effekt ist gleich null, wenn man das, was man will, nicht bezahlen kann.

Während es in den politischen Auseinandersetzungen der BRD immer wieder darum geht, wie der gesellschaftliche Reichtum über den Bund und die Länder sozial gerecht verteilt wird, müssen wir hier erst einmal wieder die Voraussetzungen schaffen, damit wir für die neuen Bedürfnisse und Ansprüche überhaupt etwas zu verteilen haben. Erste Bedingung für eine neue Hochschulpolitik ist deshalb aus meiner Sicht der rasche Übergang zur sozialen Marktwirtschaft, um im freien Wettbewerb die innovative Entfesselung der Produktivkräfte zu ermöglichen. Das bringt aber nicht nur Vorteile, denn die Marktwirtschaft ist, um mal ein berühmtes Churchill-Wort abzuwandeln, eine schlechte Wirtschaftsform. Aber es gibt zur Zeit keine bessere. Der Übergang dorthin – da sollten wir uns keine Illusionen machen – wird sehr schmerzlich. Unter den Konkurrenzbedingungen in der EG und des Weltmarktes werden bei Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion Betriebe der DDR in überhaupt noch nicht überschaubaren Dimensionen Konkurs anmelden müssen. Vor uns stehen in Größenordnungen zumindestens kurzfristig Arbeitslosenzahlen, mit denen der Staat und die Gesellschaft fertig werden müssen.

Ich will damit verdeutlichen, daß gewünschte und berechtigte und sicher auch in Zukunft notwendige Subventionen des Staates für die Hoch- und Fachschulen durch Demokratie und neue Verwaltungsstrukturen allein nicht herbeizuzaubern sind. Das braucht zuerst eine florierende Wirtschaft, die mit ihren Steuerabgaben die Haushalte des Staates, der Länder und Kommunen speist. Zudem werden die Hoch- und Fachschulen – darauf hat Herr de Maizière in seiner Regierungserklärung bereits verwiesen – künftig nicht ohne Wirtschaftssponsoren auskommen können. Deshalb ist der erste entscheidende Beitrag, den Kommunen zur Zeit und künftig für ihre Fach- und Hochschulen leisten können, Kapital in ihre Territorien zu bringen und der Wirtschaft freien Lauf zu lassen.

Im Moment passiert aber überall noch das Gegenteil. In der Stadt Dresden stehen gegenwärtig etwa 6000 Investoren bereit, um moderne Industrieanlagan unterschiedlichster Art zu schaffen, aber die gesetzlichen Grundlagen sind nicht da, um diese Wirtschaftskraft frei zu setzen. Die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Wirtschaft in unserem Territorium kann die Kommune erst schaffen, wenn sie auf der Grundlage einer veränderten Verfassung souveräne Entscheidungsbefugnisse erhält, ihre Rechte in selbst zu beschließenden Kommunalverfassungen demokratisch legitimiert festschreibt und sie durch entsprechende Länderverfassungen gesichert werden. Ohne kommunales Eigentum, Steuer- und Finanzhoheit, eigene Kompetenzen werden auch in Zukunft die Kommunen wenig oder nichts für die Studenten machen können, bleibt alles frommer Wunsch, und deshalb die zweite Gemeinsamkeit, um die wir kämpfen müssen: Die Kommunen der DDR müssen diese Souveränität erhalten.

Diese umfangreiche und komplizierte gesetzgeberische Tat des Umbaus der Gesellschaft auf dem Weg zur Vereinigung ist m. E. das vordringlichste politische Betätigungsfeld der Studentenräte und Hochschullehrer. Hier müssen sie gemeinsam mitdenken, ihre Interessen artikulieren, verteidigen und durchsetzen. Das ist die große Chance der gegenwärtigen Situation, auf die eigene Zukunft politisch aktiv Einfluß zu nehmen. Wer sich jetzt allein in inneren Auseinandersetzungen an den Hochschulen verliert, verpaßt den Zug. Diese Erkenntnis haben wir aus meiner Sicht gestern in einer ersten Zusammenkunft des Runden Tisches „Bildung" der Dresdner Hoch- und Fachschulen erarbeitet, der von den hiesigen Studentenräten kreiert wurde. Angemerkt muß werden, daß unseres Erachtens die historische Institution Runder Tisch nach dem 18. März und dem 6. Mai 1990 bereits nicht mehr das Richtige ist. Deshalb haben wir uns auf eine Konferenz der Dresdner Hoch- und Fachschulen geeinigt, die in 14täglichem Rhythmus zusammentreten wird und sich gemeinsam Standpunkte und Forderungskataloge zu folgenden Problemfeldern erarbeitet:

1. Finanzpolitik der Hochschulen (Subventionen, Grundmittel, Stipendien usw.)
2. Fragen der Interessenvertretung und politischen Mitbestimmung
3. Gesetzgeberische Arbeit.

Daraus sollen Empfehlungen zur Hochschulpolitik an die Volkskammer, die Stadtparlamente und künftigen Länderparlamente erwachsen, die öffentliche Sensibilität und Kontrolle für die Hochschulpolitik schärfend gewährleisten, die meiner Auffassung nach nicht vorhanden sind. Hochschulpolitik ist im Moment nicht öffentlich, und damit wird sie von der Öffentlichkeit zuwenig beeinflußt. Und in dieser Konferenz sitzen Studenten, Hochschullehrer, Rektoren, Verwaltungsdirektoren und Vertreter der Kommune zusammen, und ich hoffe, es wird uns gelingen, dort auch noch die Vertreter hinzuzuzwingen, die man dazu braucht. Mit diesem Selbstverständnis übernimmt die Konferenz eine große politische Verantwortung. Sie muß sich sachkundig machen; es geht um die Grundfragen künftiger Hochschulpolitik unter dem neuen pluralistischen Spektrum:

Wie werden bei staatlicher Subventionspolitik und Wirtschaftssponsoring die Autonomie der Hoch- und Fachschule und die Freiheit der Forschung gewährleistet? Wie werden die Hoch- und Fachschulen konkurrenzfähig? Die Konferenz wird den Blick über den Gartenzaun hinaus richten müssen; sie muß sich Klarheit verschaffen, wie sieht das europäische Hochschulrecht aus. Hier ist eine weite europäische Sicht nötig. Künftig wird man dort studieren, wo im internationalen Vergleich das höchste Niveau geboten wird.

Was wird aus den Stipendien und Internaten? Es ist unumgänglich, daß sich die Höhe der Stipendien verändern muß. Ich halte es für bedenklich, wenn bei der Betonung der Einheit von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der Regierungserklärung nur wieder Löhne, Gehälter und Sparguthaben erwähnt wurden. Wir haben uns verständigt, daß wir uns in den nächsten Tagen mit entsprechenden Forderungen und Vorschlägen an den Ministerpräsidenten wenden. Zu der von Herrn de Maizière bekundeten Sorge der Regierung um die Lebensbedingungen der Schüler, Lehrlinge und Studenten gehören rasch verbindliche Aussagen, wie das gleiche Recht aller auf akademische Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern künftig finanziell gesichert werden soll.

Ich glaube des weiteren nicht, daß sich Hoch- und Fachschulen in unbegrenzter Anzahl billige Internatsplätze leisten können, und die Kommunen werden in den nächsten Jahren nicht die finanzielle Kraft haben, diesen großen Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu stützen. Ich sage das auch deshalb, weil nach ersten internationalen Vergleichen nur 10 Prozent der gegenwärtigen Wohnsubstanz in der DDR marktwirtschaftlich hochwertiger Wohnraum sind und die Kommunen durch die alte, falsche Baupolitik für Jahre mit einer sehr großen zu subventionierenden Wohnsubstanz belastet sein werden.

Aus diesem Teufelskreis werden auch die fähigsten Kommunalpolitiker, gleich welcher Partei sie angehören, nicht so schnell herauskommen. Aber möglich halte ich Regelungen in den Ländern und Kommunen gegen Mietwucher und Mietspekulationen bei Studenten über Steuerrecht und Mietpreisbindungen. Das kann man sofort durchsetzen. Wenn es sich für einen Vermieter finanziell günstiger auswirkt, einen Studenten aufzunehmen, kann das in der Übergangszeit gewiß wichtige Reserven erschließen. Auch diesen Gedanken sollten wir gemeinsam zu Ende denken, und dazu werden wir die Vermieter stimulieren. Mit einer Zukunftsvision bin ich sehr zuversichtlich, nämlich, daß Dresden, aber auch die anderen Hochschulstädte im Land Sachsen bei kluger Politik sehr reich sein werden. Dann werden sie in der Lage sein, auch materiell das Studieren in Sachsen attraktiv zu machen.

Und eine letzte Bemerkung: In der Kommune gab es bis heute niemand, der für das Hochschulwesen als Partner zuständig war. Es gibt keinen Stadtrat für Hochschulen oder Wissenschaftspolitik – in einer Stadt mit über 40000 Studenten natürlich ein ganz ernster Mangel. Ich glaube, den Auftrag könnte ich entgegennehmen und dem neugewählten Parlament übermitteln, daß ein solches Ressort in der Stadtregierung geschaffen wird, das dann für lange Zeit der konkrete Partner für Hochschulen, Hochschullehrer und Studenten sein kann.

Unterstreichen möchte ich, daß dieses Arbeitstreffen der Studentenräte der DDR genau zum rechten Zeitpunkt stattfindet. Von nun an nämlich werden die Weichen auf allen Ebenen gestellt, auch in der Hochschulpolitik. Darauf muß man sich jetzt konzentrieren, denn alles, was in den kommenden Wochen und Monaten nicht gelingt, ist Saatkorn für sozialen Unfrieden und weitere Kämpfe. Die Studenten, die in den Oktobertagen und später auf der Straße waren, haben die Umgestaltung nicht in der Absicht miterstritten, um nur noch eine Suppe auszulöffeln, die andere eingebrockt haben. Lassen Sie sich deshalb ermutigen, solidarisch mit Ihren Hochschullehrern für das Ihre zu streiten und einzutreten und so ein neues Ganzes aktiv zu gestalten, das besser ist als das Alte und das Gegenwärtige und das in Europa Bestand hat.

Zum Betriebsrat

Die an der TU geschaffene Arbeitsgruppe zur Bildung eines Betriebsrates gibt in unserer nächsten Ausgabe (16. Mai 1990) Antwort auf Fragen wie: Warum ist ein Betriebsrat notwendig? Wann sollte ein solcher gebildet werden? Übrigens treffen sich die Mitglieder dieser AG jeweils mittwochs, 14 Uhr im Seminarraum der Sportbaracke Zellescher Weg 16.

(Ausführliche Informationen in unserer nächsten Ausgabe.)

Wer hat Interesse?

An unserer Universität soll eine Basisgruppe der Gesellschaft DDR – Portugal ins Leben gerufen werden. Die konstituierende Versammlung für die Gründung findet am 10. Mai 1990, 17 Uhr im Zeunerbau 118 statt. Diese seit Juni 1975 bestehende Gesellschaft, der bisher nur berufene Mitglieder angehörten, hat sich als eigenständige, unabhängige und pluralistische Vereinigung reorganisiert und steht allen Interessenten zum Beitritt offen. Die Gesellschaft knüpft an langjährige traditionelle Beziehungen beider Völker an und will das gegenseitige Kennenlernen sowie die Vertrauensbildung und Zusammenarbeit ihrer Länder fördern, besonders durch vielfältigste Direktkontakte. Unsere Basisgruppe DDR – Portugal an der TU beabsichtigt möglichst vielen Menschen ein breites Spektrum von Initiativen auf den Gebieten der Kultur und Sprache, Politik, Geschichte und Völkerkunde, Ökonomie und Ökologie zugänglich zu machen. Sie will Solidarität und Hilfe entwickeln und somit zu der Erkenntnis beitragen, daß die Probleme der Menschheit nur gemeinsam und weltweit gelöst werden können.

Dipl.-Psych. Helmut Klenner,
Mitglied der Zentralen Leitung
der Gesellschaft DDR – Portugal

Uns geht's um die Interessen der Frauen!

Nach dem Aufruf im „Dresdner Universitätsjournal" bildete sich am 19. März 1990 eine Arbeitsgemeinschaft „Frauen", in der interessierte Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichsten Sektionen und Bereichen zusammenwirken. Sie betrachtet es als ihr Anliegen, den künftigen Betriebsrat auf wichtige Probleme der Mitarbeiterinnen an der TU hinzuweisen und ihn in seiner Tätigkeit zu unterstützen.

Wir setzen uns für folgende Zielstellungen ein:

- Keine Frau darf auf Grund ihrer politischen Überzeugung diskriminiert werden
- Strukturveränderungen dürfen nicht ausschließlich auf Kosten der Frauen ausgetragen werden
- Gleiche Entfaltungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen
- Gleiches Geld für gleiche Arbeit
- Bisherige Sozialleistungen (Krippen- und Kindergartenplätze, Ferienheime, Kinderferienlager, Kuren u. a.) sollten unbedingt erhalten werden.

Nach ausführlicher Beratung schlagen wir dem Betriebsrat vor, folgende Probleme in seiner unmittelbaren Arbeit zu berücksichtigen:

1. Von der Leitung der TU erwarten wir schnellstens die Erarbeitung langfristiger Sozialpläne sowie von Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsprogrammen
2. Eindeutige Festlegungen und Aussagen sind zu Vorrentenregelungen zu treffen und den Mitarbeitern bekanntzugeben. Sie sollten mit Betriebsrat und Gewerkschaften abgestimmt sein
3. Es ist zu prüfen, ob über den Ausbau und Schutz von Teilzeitbeschäftigungen Arbeitsplätze erhalten werden können
4. Bei notwendigen Entlassungen sollten Quotierungen vorgegeben werden, wobei Alleinstehenden, Alleinerziehenden und solchen, wo bereits ein Partner arbeitslos ist, ein besonderer Schutz zukommen müßte
5. Es ist zweckmäßig, sehr bald eine Konzeption für ein Regime der gleitenden Arbeitszeit an der TU Dresden zu erarbeiten
6. Die betrieblichen Kindereinrichtungen sind zu erhalten (Kinderkrippen, -gärten, -ferienlager). Einer Erhöhung der Kosten stehen die Frauen aufgeschlossen gegenüber, sofern sie sich in einem vertretbaren Rahmen bewegt
7. Im Interesse geringer Arbeitszeitverluste und der medizinischen Betreuung der Mitarbeiter sollte die Poliklinik (mit Außenstelle Dürerstraße) erhalten bleiben.

Kontakte über:
Montseccat Butter (21), 17/851;
Helga Lindner (10), 2082;
Dr. Christine Richter (07), 4263;
Sabine Wollmann (Fachbereich Personal), 3881

Initiativgruppe zur Bildung eines TU-Betriebsrates

•

Fragen zur Diskussion:

Wie stehen Assistenten zu ihren spezifischen Belangen? Sollte es für sie nicht eine ähnliche Interessenvertretung geben?

Neue UGL konstituiert

Am 25. 4. 1990 konstituierte sich die neue Universitätsgewerkschaftsleitung (UGL). Mit großer Stimmenmehrheit waren die Berufsgruppenvertreter in geheimer, direkter Wahl mit einer Wahlbeteiligung von 62 % gewählt worden. Somit setzt sich die UGL gemäß Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung vom 28. 3. 90 aus allen gewählten Vorsitzenden bzw. Sprechern der Sektionsgewerkschafts- bzw. Abteilungsgewerkschaftsleitungen sowie der Räte der Vertrauensleute und den gewählten Berufsgruppenvertretern Prof. Ottomar Herrlich (Hochschullehrer), Joachim Göbel (wissenschaftliche Mitarbeiter), Antje Krause (befristete Assistenten), Karlheinz Fischer (technische Mitarbeiter) zusammen.

Die konstituierende Versammlung wählte neben den o. g. Berufsgruppenvertretern Dr. Elke Schwabe (Institut für Hochschulsport), Dr. Jürgen Roloff (Sektion Architektur) in den geschäftsführenden Vorstand. Als amtierender Sprecher der UGL fungiert Dr. Roloff. In die Revisionskommission wurden Dr. Harald Rümmler, Dr. Erwin Daniel und Friedrich Günther gewählt.

Wir beglückwünschen alle gewählten gewerkschaftlichen Interessenvertreter in den Grundorganisationen, die Vertrauensleute, die Mitglieder der gewählten Leitungen und der Sprecherräte sowie der UGL und der Revisionskommission. Für die Bewältigung der verantwortungsvollen Aufgaben in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der 8000 Gewerkschaftsmitglieder wünschen wir viel Erfolg.

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden http://digital.slub-dresden.de/id378635875-19900000/44